

I. Bericht zur Rechnung 2010

Rechnung 2010

Bericht der Regierung vom 22. März 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Überblick	III
1.1	Ergebnis	III
1.2	Entwicklung von Aufwand und Ertrag	IV
1.3	Entwicklung des Eigenkapitals	VI
1.4	Beurteilung des Ergebnisses und Ausblick	VII
2	Laufende Rechnung	VII
2.1	Übersicht	VII
2.2	Abweichungen zum Voranschlag	IX
2.3	Abweichungen zur mutmasslichen Rechnung	XI
2.4	Abweichungen zur Vorjahresrechnung	XII
2.4.1	Personalaufwand	XIII
2.4.2	Sachaufwand	XIII
2.4.3	Staatsbeiträge	XIV
2.4.4	Übriger Aufwand	XV
2.4.5	Steuerertrag	XVII
2.4.6	Vermögenserträge	XXVIII
2.4.7	Entgelte	XIX
2.4.8	Übrige Erträge	XX
2.4.9	Globalkreditinstitutionen	XXII
3	Investitionsrechnung	XXIII
3.1	Übersicht	XXIII
3.2	Abweichungen zum Voranschlag	XXII
3.3	Finanzierung	XXIV
3.3.1	Finanzierungsausweis	XXIII
3.3.2	Selbstfinanzierungsgrad	XXV
4	Bilanz	XXVI
4.1	Übersicht	XXVI
4.2	Verwaltungsvermögen	XXVI
4.3	Eigenkapital	XXVI
4.4	Verschuldung	XXVII
5	Sonderrechnungen	XXVIII
6	Verwendung des Rechnungsergebnisses	XXIX
7	Antrag	XXIX

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Rechnung 2010 mit nachstehenden Erläuterungen und Begründungen zur Genehmigung.

1 Überblick

1.1 Ergebnis

Im Vergleich mit der Vorjahresrechnung und mit dem Voranschlag (ohne Nachtragskredite) zeigt die laufende Rechnung 2010 folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Abweichung zum Voranschlag
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'158.1	4'175.8	4'330.6	+ 154.8
Ertrag	4'215.3	4'167.1	4'395.3	+ 228.2
Ertrag ohne Bezug freies Eigenkapital	4'200.3	3'942.1	4'170.3	+ 228.2
Bezug freies Eigenkapital	15.0	225.0	225.0	–.–
Ergebnis vor Bezug freies Eigenkapital				
Eigenkapital	42.2	– 233.7	– 160.3	+ 73.5
Rechnungsergebnis	57.2	– 8.7	64.7	+ 73.5
Investitionsrechnung				
Ausgaben	160.1	237.5	191.5	– 46.1
Einnahmen	38.7	33.2	51.8	+ 18.6
Nettoinvestitionen	121.4	204.3	139.7	– 64.6
Eigenkapital (Stand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	878.4	644.7	718.2	+ 73.5
Besonderes Eigenkapital	552.4	521.8	521.8	–.–
Gesamtes Eigenkapital	1'430.8	1'166.5	1'239.9	+ 73.5

Das Ergebnis 2010 der laufenden Rechnung fällt um 73.5 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Statt mit einem Aufwandüberschuss von 8.7 Mio. Franken schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 64.7 Mio. Franken ab. Zählt man die Nachtragskredite im Umfang von 7.7 Mio. Franken zum Voranschlag dazu, dann liegt das Rechnungsergebnis 81.2 Mio. Franken über dem Voranschlag.

Das Ergebnis von 64.7 Mio. Franken enthält den budgetierten Bezug aus dem freien Eigenkapital im Umfang von 225 Mio. Franken. Wird dieser Eigenkapitalbezug ausgeklammert, resultiert in der Rechnung 2010 ein Defizit von 160.3 Mio. Franken. In der Folge sinkt das freie Eigenkapital um den Betrag von 160.3 Mio. Franken oder 11.2 Prozent.

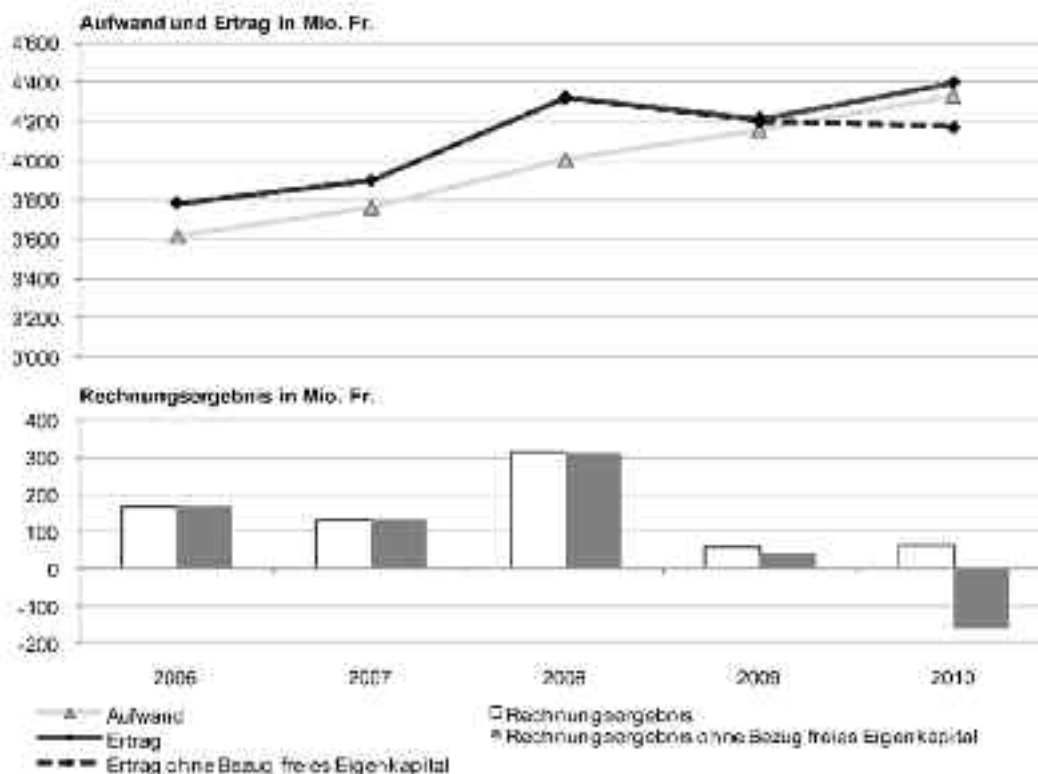
Folgende Bereiche weisen die grössten Differenzen zwischen Voranschlag 2010 und Rechnung 2010 auf (für eine umfassendere Übersicht vergleiche Abschnitt 2.2):

in Mio. Fr.	Aufwand Verbesserung, Minderaufwand (+)	Ertrag Verbesserung, Mehrertrag (+)
Kantonale Steuern: Nettomehrertrag (v.a. juristische Personen)		+ 49.2
Direkte Bundessteuern: Mehrertrag aus Kantonsanteil		+ 13.7
Verrechnungssteuern: Mehrertrag aus Kantonsanteil		+ 10.1
Heimstätten Wil: Ausserordentlicher Mehrertrag aufgrund Bilanzbereinigung		+ 6.5
Amt für Berufsbildung: Mehreinnahmen aus Bundesbeiträgen für Berufsbildung		+ 5.4
Rückstellungen: Einlage für allfällige Verpflichtungen aus den Rechtsverfahren Lohngleichheitsklage (Fr. 25 Mio.) und Erfolgshonorare für die Vermögensverwaltung der Versicherungskassen (Fr. 20 Mio.)	– 45.0	
Ergänzungsleistungen: Mehraufwand aufgrund höherer Fallzahlen	– 14.1	
Sonderschulen: Minderaufwand aufgrund niedrigerer Schülerzahlen, Einsparungen im Sach- und Personalaufwand, ausstehenden Schlussabrechnungen für das Jahr 2010, Projektverzögerungen (u.a. zusätzliche Plätze für gewalttätige, psychisch kranke Jugendliche)	+ 9.4	
Amt für Gemeinden: Minderaufwand für Beiträge an Gemeinden für innerkantonalen Finanzausgleich und Mehrertrag aus Beitragsrückzahlungen der Gemeinden	+ 2.4	+ 1.7

1.2 Entwicklung von Aufwand und Ertrag

Im Jahr 2010 nimmt der Gesamtaufwand mit 172.5 Mio. Franken zu. Damit setzt sich der Trend steigender Ausgaben der letzten Jahre fort (vgl. oberer Teil der nachstehenden Grafik). Während bis ins Jahr 2009 die Erträge mit diesem Trend mithalten konnten – teilweise wurden hohe Ertragsüberschüsse erzielt (vgl. unterer Teil der Grafik) –, ist dies im Jahr 2010 nicht mehr möglich: Der steigende Aufwand kann nur noch mit einem hohen Bezug aus den freien Reserven gedeckt werden. Das Rechnungsergebnis 2010 fällt deshalb de facto stark defizitär aus.

Abbildung 1: Rechnungsabschlüsse 2006–2010



Von der Bildung ausserordentlicher Rückstellungen von 45 Mio. Franken abgesehen, ist das Aufwandswachstum im Jahr 2010 insbesondere durch Beitragssteigerungen in folgenden Bereichen begründet:

- Individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien (+ Fr. 18.1 Mio.)
- Ergänzungsleistungen (+ Fr. 15.4 Mio.)
- Öffentlicher Verkehr (+ Fr. 10.5 Mio.)
- Projektierungskosten für künftige Investitionsvorhaben (+ Fr. 16.7 Mio.)

Im Gesamtaufwand sind Positionen enthalten, die saldoneutral sind, die also durch gleich hohe Erträge gedeckt sind. Dazu gehören die Ertragsanteile Dritter wie z. B. die Gemeindeanteile an den Steuererträgen juristischer Personen, die durchlaufenden Beiträge und internen Verrechnungen sowie die Beiträge an die Globalkreditinstitutionen (Psychiatrische Dienste, Waldregionen), welche durch Erträge gedeckt sind. Ferner enthält der Gesamtaufwand nicht ausgabenwirksame Einlagen in Fonds und Bildungen von Rückstellungen. Für eine weitergehende Beurteilung der Entwicklung des Aufwands ist es daher sinnvoll, den Gesamtaufwand um diese Positionen zu bereinigen.

Der **bereinigte Aufwand** steigt im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 91.9 Mio. Franken oder 2.9 Prozent an. Damit wird die Vorgabe des Budgets und des Kantonsrates eines Wachstums von höchstens 2.0 Prozent überschritten. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass auch nach den vorgenommenen Bereinigungen Teile des Mehraufwands als refinanziert aufgefasst werden können. So wird der Mehraufwand bei den individuellen Prämienverbilligungen vom Bund mitfinanziert, während bei den Projektierungskosten durch deren Aktivierung Ende Jahr ein entsprechender buchhalterischer Ertrag gegenübersteht.

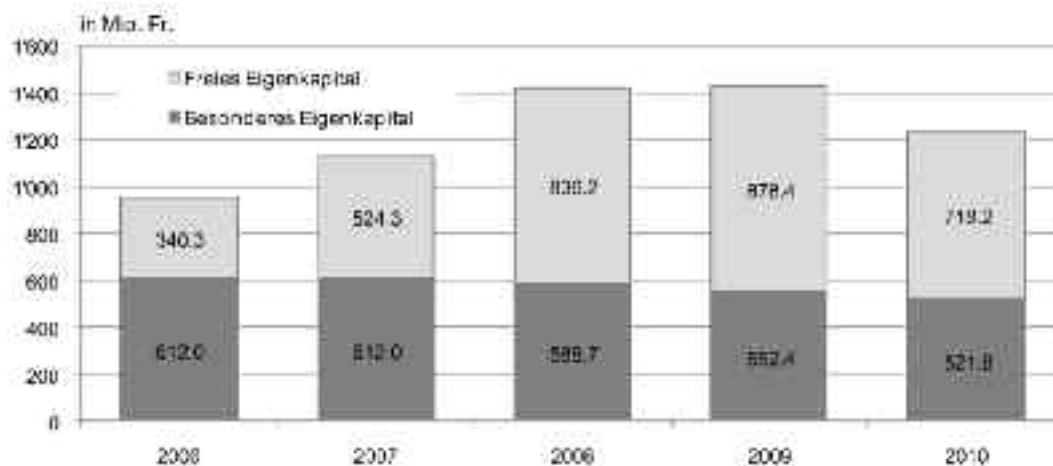
in Mio. Fr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Aufwandwachstum
Aufwand laufende Rechnung	4'158.1	4'330.6	4.1%
– Ertragsanteile Dritter	– 291.7	– 317.4	
– Durchlaufende Beiträge	– 254.3	– 265.1	
– Fondierungen (inkl. Rückstellungen)	– 60.4	– 85.1	
– Interne Verrechnungen	– 360.8	– 377.3	
– Globalkredite (Erträge)	– 59.2	– 61.9	
Aufwand bereinigt	3'131.8	3'223.7	2.9%

1.3 Entwicklung des Eigenkapitals

Während die Reserven im Jahr 2009 nochmals leicht anstiegen, geht mit dem Rechnungsabschluss 2010 ein Rückgang des Eigenkapitals einher. Das besondere Eigenkapital, das für steuerliche Entlastungen oder die Förderung von Gemeindevereinigungen verwendet werden darf, sinkt im Rahmen der regulären jährlichen Jahrestrenche um 30.6 Mio. Franken auf 521.8 Mio. Franken.

Das freie Eigenkapital, das Ende 2009 einen Stand von 878.4 Mio. Franken aufwies, sinkt zunächst um den budgetierten Bezug von 225.0 Mio. Franken. Wird der ausgewiesene Überschuss der laufenden Rechnung 2010 von 64.7 Mio. Franken den Reserven zugewiesen, steigt das freie Eigenkapital wieder um diesen Betrag. Ende 2010 beträgt der Stand des freien Eigenkapitals 718.2 Mio. Franken. Insgesamt geht das freie Eigenkapital im Jahr 2010 im Umfang des effektiven Defizits von 160.3 Mio. Franken zurück.

Abbildung 2: Bestand Eigenkapital 2006–2010



1.4 Beurteilung des Ergebnisses und Ausblick

Mit dem Ergebnis 2010 ist die prognostizierte Trendwende von positiven Rechnungsergebnissen und Aufbau von Eigenkapitalreserven zu effektiv negativen Ergebnissen und sinkenden Eigenkapitalbeständen eingetreten. Zwar ist der Saldo von Gesamtaufwand und Gesamtertrag positiv, doch resultiert unter Berücksichtigung des budgetierten Bezugs freien Eigenkapitals ein Defizit von rund 160 Mio. Franken. Rund 4 Prozent des gesamten Aufwands können somit nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden.

Der bereinigte Aufwand fällt im Vergleich zum Vorjahr um 2.9 Prozent höher aus. Damit wird der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre, wenn auch leicht vermindert, fortgesetzt. Immerhin darf angesichts der erfreulichen Zunahme des schweizerischen Wirtschaftswachstums – real 2.6 Prozent nach den ersten Schätzungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) – davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2010 die Staatsquote als Verhältnis zwischen Staatsausgaben und Bruttoinlandsprodukt im Kanton St.Gallen weitgehend konstant geblieben ist. Dies ist nicht zuletzt als Ergebnis der strikten Saldovorgaben von Kantonsrat und Regierung sowie deren erfolgreiche Umsetzung in den Departementen zu werten.

Der Ertrag liegt über dem budgetierten Wert, doch steigt er im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen dank den budgetierten Eigenkapitalbezügen. Ohne Rückgriff auf das Eigenkapital wäre der Ertrag im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (– 0.7 Prozent). Auch wenn in den nächsten Jahren von steigenden Steuererträgen ausgegangen werden kann, ist doch unwahrscheinlich, dass die Ertragsseite die dynamische Entwicklung auf der Aufwandsseite vollumfänglich auffangen kann.

Trotz positivem Rechnungsergebnis verschlechtert sich die Vermögenslage des Kantons deutlich. Das Nettovermögen sinkt um 237.5 Mio. Franken auf 1'021.2 Mio. Franken. Der aus allgemeinen Mitteln abzuschreibenden Verschuldung von 218.8 Mio. Franken (vgl. Abschnitt 4.4) steht ein Eigenkapitalbestand von 1'240.0 Mio. Franken gegenüber. Davon fallen jedoch 521.8 Mio. Franken unter das besondere Eigenkapital, welches nur für Steuerentlastungen und Gemeindevereinigungsprojekte verwendet werden darf.

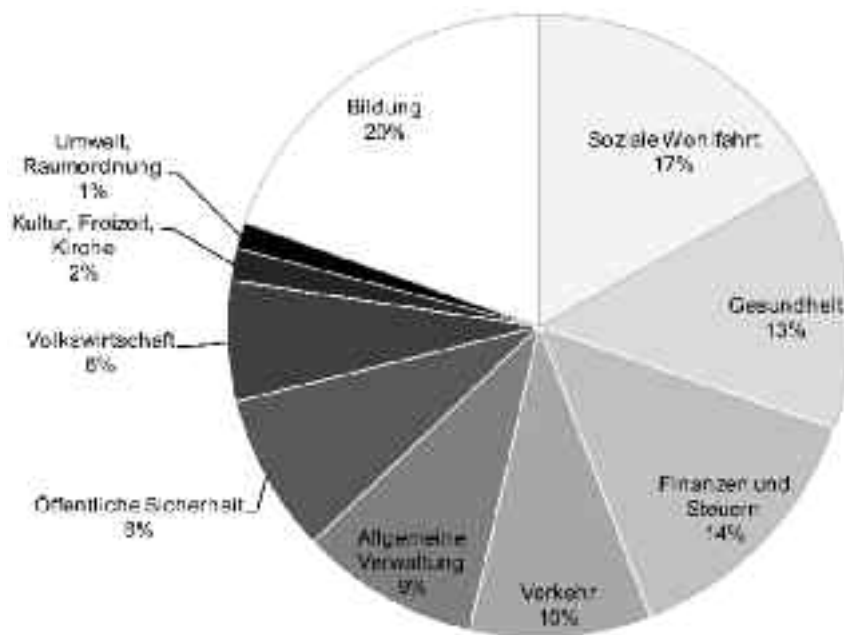
Wie im Aufgaben- und Finanzplan 2012–2014 gezeigt wurde, drohen dem Kanton auch in den nächsten Jahren massive Defizite, die durch systematische Aufwandüberhänge hervorgerufen werden. Das bessere Rechnungsergebnis im Vergleich zum Voranschlag ist vor diesem Hintergrund zwar erfreulich, doch ändert es nichts an der Notwendigkeit der Bereinigung des strukturellen Defizits und der Umsetzung der beschlossenen Sparmassnahmen.

2 Laufende Rechnung

2.1 Übersicht

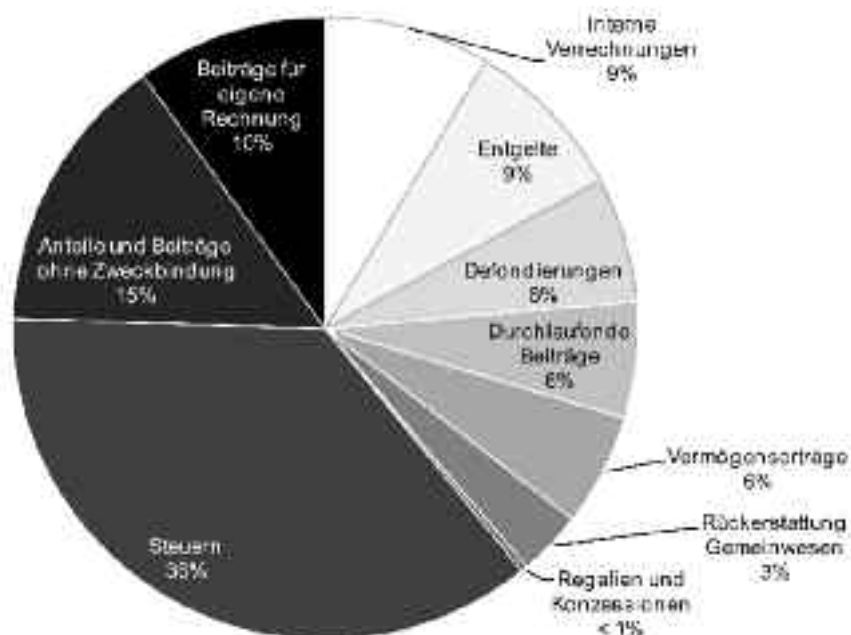
Im Jahr 2010 belief sich der Aufwand des Kantons St.Gallen auf rund 4.3 Milliarden Franken. Rund die Hälfte der Ausgaben floss in die drei Bereiche Bildung, soziale Wohlfahrt und Gesundheit (vgl. Abbildung 3). Der Bereich Finanzen und Steuern, der insbesondere die Finanzausgleichsbeiträge und Steuerertragsanteile Dritter enthält, beläuft sich auf 14 Prozent. Es folgen die Ausgaben für den Verkehr (Strassenverkehr und öffentlicher Verkehr), die allgemeine Verwaltung, die öffentliche Sicherheit (Justiz, Polizei, Feuerwehr) und die Volkswirtschaft (inkl. Landwirtschaft).

**Abbildung 3: Aufwand nach Aufgabengebieten 2010
(funktionale Gliederung des Bruttoaufwands)**



Auf der Einnahmenseite stellen die Steuern die wichtigste Finanzierungsquelle dar (vgl. Abbildung 4). Es folgen die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung, welche die Beiträge aus dem nationalen Finanz- und Lastenausgleich sowie die Anteile an den Einnahmen aus der direkten Bundesteuer und Verrechnungssteuer enthalten. Drittwichtigste Finanzierungsquelle sind die Beiträge für eigene Rechnung, worunter insbesondere die an bestimmte Aufgaben geknüpften Beiträge des Bundes fallen.

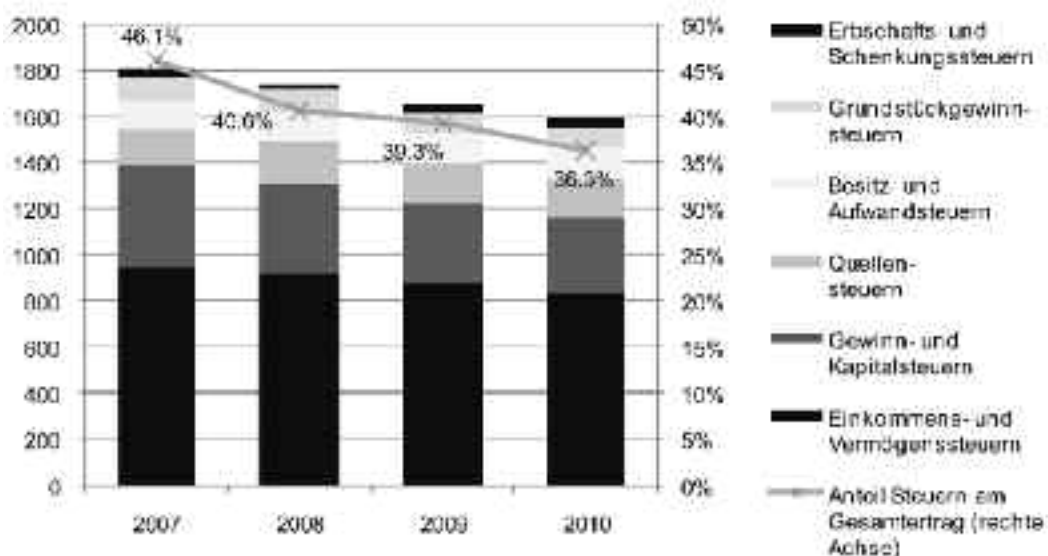
Abbildung 4: Einnahmen nach Ertragsarten 2010



Im Zuge der Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen der letzten Jahre ist der Steuerertrag sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zum Gesamtertrag gesunken (vgl. Abbildung 5). Betrag der Bruttosteuerertrag im Jahr 2007 noch rund 1.8 Milliarden Franken, lag er im Jahr 2010 mit knapp 1.6 Milliarden Franken 12.4 Prozent unter diesem Wert. Erst für das Jahr 2011 ist ein Anstieg auf gegen 1.7 Milliarden Franken prognostiziert.

Zu den rückläufigen Steuereinnahmen haben insbesondere die Gewinn- und Kapitalsteuern beigetragen, die im Zeitraum 2007 bis 2010 um 111.3 Mio. Franken bzw. 25.2 Prozent gesunken sind. Die Einkommens- und Vermögenssteuern sind im gleichen Zeitraum um 109.2 Mio. Franken oder 11.5 Prozent gesunken. Die Grundstückgewinnsteuern nahmen um 13.1 Mio. Franken bzw. 13.2 Prozent ab.

Abbildung 5: Bruttosteuerertrag nach Ertragsarten 2007–2010



2.2 Abweichungen zum Voranschlag

Das Gesamtergebnis der laufenden Rechnung 2010 fällt um 73.5 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Die nachfolgende Darstellung zeigt die Abweichungen zwischen Rechnungsabschluss und Voranschlag 2010 (ohne Nachtragskredite) im Überblick. Dabei werden jene Rechnungsabschnitte einzeln aufgeführt, welche im Saldo eine Abweichung von mindestens 1 Mio. Franken aufweisen. Diese Positionen erklären vier Fünftel der Verbesserung zwischen Rechnung und Voranschlag.

in 1000 Fr.		Abweichungen zum Voranschlag				
		Aufwand Verbesserung, Minderaufwand (+)	Ertrag Verbesserung, Mehrertrag (+)	Saldo Verbesserung (+)		
2300	Amt für Arbeit	- 2'322	+ 1'010	-	1'312	
2350	Amt für Wirtschaft	+ 1'815	+ 89	+	1'904	
3051	Sozialwerke des Kantons	- 16'669	+ 1'254	-	15'415	1)
3150	Amt für Gemeinden	+ 2'402	+ 1'688	+	4'090	2)
3200	Amt für Soziales	- 1'751	+ 5'281	+	3'530	3)
4053	Sonderschulen	+ 9'579	- 54	+	9'525	4)
4150	Amtsleitung Amt für Berufsbildung	- 397	+ 5'613	+	5'216	5)
4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	+ 872	+ 295	+	1'167	
4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	- 2'530	-	-	2'530	

Abweichungen zum Voranschlag

in 1000 Fr.		Aufwand Verbesserung, Minderaufwand (+)	Ertrag Verbesserung, Mehrertrag (+)	Saldo Verbesserung (+)	
4232	Fachhochschulen	– 74	+ 1'456	+ 1'382	
5105	Kantonale Steuern	– 53'612	+ 102'830	+ 49'218	6)
5106	Bundessteuern	– 713	+ 13'655	+ 12'943	7)
5500	Vermögenserträge	– 1'422	+ 5'198	+ 3'775	8)
5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	– 45'475	+ 11'029	– 34'447	9)
6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften	+ 528	+ 543	+ 1'071	
6156	Gewässer	+ 4'375	– 1'429	+ 2'946	10)
6200	Amt für Umwelt und Energie	– 1'444	+ 3'909	+ 2'465	
7200	Amt für Justizvollzug	– 1'677	+ 2'941	+ 1'264	
7250	Kantonspolizei	– 3'449	+ 602	– 2'848	11)
8120	Lebensmittelkontrolle	+ 192	+ 968	+ 1'160	
8154	Institut für klinische Mikrobiologie und Immunologie	– 565	+ 2'030	+ 1'465	
8200	Amt für Gesundheitsversorgung	+ 2'876	+ 58	+ 2'934	
8205	Nichtstaatliche Spitäler	+ 1'224	–	+ 1'224	
8221	Heimstätten Wil	+ 22	+ 5'932	+ 5'954	12)
8230	Spitalverbund 1 – Kantonsspital St.Gallen	– 2'017	–	– 2'017	
8231	Spitalverbund 2 – Region Rheintal Werdenberg Sarganserland	+ 1'446	–	+ 1'446	
8233	Spitalverbund 4 – Region Fürstenland Toggenburg	+ 2'655	–	+ 2'655	
		– 106'130	+ 164'896	+ 58'766	
	Übrige Rechnungsabschnitte ¹	– 48'585	+ 63'286	+ 14'701	
	Total laufende Rechnung	– 154'715	+ 228'182	+ 73'467	

Folgende Abweichungen stehen im Vordergrund:

- 1) Mehraufwand für Ergänzungsleistungen von 14.1 Mio. Franken und höhere Entschädigung der Sozialversicherungsanstalt für die Durchführung der Ergänzungsleistungen von 2.5 Mio. Franken.
- 2) Minderaufwand für Beiträge an Gemeinden für den innerkantonalen Finanzausgleich und Mehretrag aus Beitragsrückzahlungen der Gemeinden.
- 3) Ertragsseitige Verbesserung infolge nicht beanspruchter Kredite von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung (geringere Kosten bei verschiedenen Investitionsprojekten) und Rückerstattungen von Leistungsabteilungen der Kinder- und Jugendheime sowie der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung (u.a. aufgrund von Veränderungen bei der interkantonalen Zusammenarbeit).
- 4) Minderaufwand aufgrund niedrigerer Schülerzahlen, Einsparungen im Sach- und Personalaufwand, ausstehenden Schlussabrechnungen für das Jahr 2010 sowie Projektverzögerungen (u.a. zusätzliche Plätze für gewalttätige, psychisch kranke Jugendliche).
- 5) Mehreinnahmen dank höheren Beitragsleistungen des Bundes an die Berufsbildungskosten.
- 6) Höhere Bruttoeinnahmen bei den kantonalen Steuern (+ 102.8 Mio. Franken), denen gleichzeitig Mehrausgaben für Ertragsanteile Dritter, insbesondere der Gemeinden, gegenüberstehen (– 53.6 Mio. Franken). Der Nettomehrertrag im Vergleich zum Voranschlag beläuft sich für den Kanton auf 49.2 Mio. Franken.

¹ Bei den Abweichungen in den übrigen Rechnungsabschnitten handelt es sich mehrheitlich um saldoneutrale Buchungen wie interne Verrechnungen.

- 7) Mehreinnahmen infolge höherer Erträge aus den Bundesteuern.
- 8) Höhere Vermögenserträge insbesondere dank höheren Zinserträgen auf Geldmarktanlagen sowie realisierten Bewertungserfolgen aus dem Verkauf von Aktien (u.a. Klinik Stephanshorn) (+ 5.0 Mio. Franken).
- 9) Nicht budgetierter Aufwand für Rückstellungen von 45 Mio. Franken für die beiden Rechtsverfahren Lohngleichheitsklage und Erfolgshonorare für die Vermögensverwaltung der Versicherungskassen. Mehreinnahmen infolge höherer Erträge aus Verrechnungssteuern (+ 10.1 Mio. Franken).
- 10) Minderaufwand von 2.7 Mio. Franken für Zusicherungen an Wasserbauprojekte von Gemeinden und Projektverzögerungen. Rückgang von durchlaufenden Beiträgen (Aufwandseite: +1.6 Mio. Franken, Ertragsseite: – 1.6 Mio. Franken).
- 11) Personalmehraufwand von 5.8 Mio. Franken für Vergrösserung Polizeikorps, für die zugenommene ordentliche Aufgabenbewältigung und zusätzliche Gemeinde- und Stadtpolizisten (entsprechende Mehreinnahmen). Niedrigere Unterhalts- und Benützungskosten u.a. infolge späterer Inbetriebnahme des neuen Polizei-Funknetzes POLYCOM (gesamthaft 1.4 Mio. Franken) und Minderaufwand im Bereich Informatik (1.0 Mio. Franken).
- 12) Ausserordentlicher, buchhalterischer Mehrertrag bei den Heimstätten Wil aufgrund einer Bilanzbereinigung (+ 5.9 Mio. Franken).

Eine vollständige Zusammenstellung der aufgetretenen Kreditüberschreitungen und den dazugehörigen Erklärungen findet sich in der Übersicht «Von der Regierung begründete Kreditüberschreitungen» im Anhang.

Mit Beschluss vom 13. April 2010 gewährte der Kantonsrat einen Nachtragskredit von 0.4 Mio. Franken für einen Baubeitrag an das Ausbildungszentrum der Swissmechanic. Im Zusammenhang mit dem Lotteriefonds wurden Nachtragskredite im Umfang von 7.3 Mio. Franken gesprochen. Insgesamt gewährte der Kantonsrat Nachtragskredite in der Höhe von 7.7 Mio. Franken zu Lasten der laufenden Rechnung 2010.

2.3 Abweichungen zur mutmasslichen Rechnung

Im Vergleich zur mutmasslichen Rechnung schliesst die Rechnung um 47.7 Mio. Franken besser ab. Grosse Ergebnisveränderungen, die erst spät bekannt wurden und in der mutmasslichen Rechnung noch nicht berücksichtigt waren, traten in folgenden Bereichen auf:

	Einfluss auf den Saldo Verbesserung (+) in Mio. Fr.
Ertragsseite	
– Verrechnungssteuern: Der Mehrertrag aus dem Kantonsanteil ist seit dem Zeitpunkt der mutmasslichen Rechnung nochmals gestiegen.	+ 7.0
– Kantonale Steuern: Der Nettomehrertrag (v.a. von juristischen Personen) ist seit dem Zeitpunkt der mutmasslichen Rechnung nochmals gestiegen.	+ 5.6
– Heimstätten Wil: Der ausserordentliche Mehrertrag aus der Bilanzbereinigung war in der mutmasslichen Rechnung noch nicht eingestellt.	+ 6.4

Aufwandseite

– Rückstellungen: Die Rückstellung für allfällige Verpflichtungen aus der Lohngleichheitsklage war in der mutmasslichen Rechnung noch nicht enthalten.	–	25.0
– Sonderschulen: Minderaufwand aufgrund niedrigerer Schülerzahlen, Einsparungen im Sach- und Personalaufwand, ausstehende Schlussabrechnungen für das Jahr 2010, Projektverzögerungen (u.a. zusätzliche Plätze für gewalttätige, psychisch kranke Jugendliche).	+	9.1
– Bereich Berufsbildung: Verschiedene Minderaufwendungen (u.a. Bereich berufliche Grundbildung) und Mehreinnahmen (Berufsfachschulen) konnten in der mutmasslichen Rechnung noch nicht eingestellt werden.	+	5.8
– Sozialwerke des Kantons: Der Mehraufwand im Bereich Ergänzungsleistungen fiel geringer aus als in der mutmasslichen Rechnung prognostiziert.	+	3.1
– Kantonspolizei: Die Saldoverschlechterung fiel geringer aus als in der mutmasslichen Rechnung prognostiziert.	+	4.0

Die hier aufgeführten grossen Abweichungen erklären rund einen Drittel der Differenz zwischen mutmasslicher Rechnung und Rechnung. Die restliche Abweichung ist auf eine Vielzahl kleinerer Abweichungen in verschiedenen Rechnungsabschnitten zurückzuführen.

2.4 Abweichungen zur Vorjahresrechnung

Die Gegenüberstellung der Rechnung 2010 mit der Vorjahresrechnung zeigt für die einzelnen Kostenartengruppen folgendes Bild:²

in 1000 Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung in 1000 Fr.	in %	Erläuterungen auf Seite
30	Personalaufwand	773'442.4	790'425.6	16'983.3	2.2	XIII
31	Sachaufwand	445'539.2	482'367.3	36'828.2	8.3	XIII
32	Passivzinsen	23'559.5	22'315.7	– 1'243.8	– 5.3	XV
33	Abschreibungen	92'914.3	108'367.9	15'453.6	16.6	XV
34	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	540'216.8	565'383.3	25'166.5	4.7	XVI
35	Entschädigungen an Gemein- wesen	59'417.6	60'184.4	766.8	1.3	XVI
36	Staatsbeiträge	1'547'515.8	1'573'955.2	26'439.4	1.7	XIV
37	Durchlaufende Beiträge	254'258.2	265'096.1	10'837.9	4.3	
38	Fondierungen	60'430.5	85'118.6	24'688.1	40.9	XVI
39	Interne Verrechnungen	360'796.3	377'346.3	16'550.1	4.6	
	Aufwand	4'158'090.5	4'330'560.5	172'470.0	4.1	

² Auf die in den Vorjahren gezeigte Ausdifferenzierung der Globalkreditbereiche Psychiatrie-Dienste Süd, Psychiatrische Dienste Nord sowie Waldregionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Ausführungen zu den Globalkreditbereichen finden sich im Abschnitt 2.4.9.

in 1000 Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung in 1000 Fr.	in %	Erläuterungen auf Seite
40	Steuern	1'658'378.0	1'597'441.8	- 60'936.2	- 3.7	XVII
41	Regalien und Konzessionen	13'689.9	13'607.6	- 82.3	- 0.6	XX
42	Vermögenserträge	281'986.7	256'586.2	- 25'400.5	- 9.0	XVIII
43	Entgelte	356'478.4	375'147.8	18'669.4	5.2	XIX
44	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	590'989.1	640'677.9	49'688.7	8.4	XX
45	Rückerstattung Gemeinwesen	161'763.0	148'884.3	- 12'878.7	- 8.0	XXI
46	Beiträge für eigene Rechnung	471'056.5	435'597.3	- 35'459.2	- 7.5	XXI
47	Durchlaufende Beiträge	254'258.2	265'096.1	10'837.9	4.3	
48	Defondierungen	65'942.7	284'915.3	218'972.7	332.1	XXI
49	Interne Verrechnungen	360'796.3	377'346.3	16'550.1	4.6	
	Ertrag	4'215'338.7	4'395'300.6	179'961.9	4.3	

2.4.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand (Kontengruppe 30) weist einen Anstieg von 17.0 Mio. Franken bzw. 2.2 Prozent auf. Im Jahr 2010 wurde von einer allgemeinen Besoldungsanpassung abgesehen. Festgehalten wurde demgegenüber am Stufenanstieg, dessen Kosten auf rund 1 Prozent der Lohnsumme geschätzt werden. Für individuelle, leistungsbezogene Besoldungsanpassungen standen im Jahr 2010 0.3 Prozent der Lohnsumme zur Verfügung. Für ausserordentliche Leistungsprämien wurden die Mittel von 0.4 auf 0.3 Prozent der Lohnsumme gesenkt. Unter der Annahme von Mutationsgewinnen von -0.5 Prozent der Lohnsumme ist der Aufwandszuwachs damit zu rund 0.7 Prozent auf allgemeine Besoldungsmassnahmen zurückzuführen.

Die restlichen 1.5 Prozent des Aufwandsanstiegs gehen auf Stellenschaffungen zurück. Diese sind einerseits das Ergebnis von Sondereffekten wie die vom Bund refinanzierte Personalaufstockung im Amt für Arbeit, bei der Arbeitslosenkasse sowie im Bereich der Einsatzprogramme/Bildung entsprechend der höheren Anzahl Stellensuchenden (2.5 Mio. Franken) oder das zusätzliche Personal im Asylwesen (0.9 Mio. Franken). Andererseits sind Stellenschaffungen erfolgt, die im Zusammenhang mit Beschlüssen des Kantonsrates oder Vorgaben des Bundes stehen. Hierunter fallen die höheren Personalkosten bei der Kantonspolizei (2.7 Mio. Franken), das Personal für die Umsetzung der Informatik-Bildungsoffensive (0.6 Mio. Franken), das Personal für die Einführung der biometrischen Reisepässe (0.6 Mio. Franken) sowie die Personalaufstockung Staatsanwaltschaft (0.7 Mio. Franken).³

2.4.2 Sachaufwand

Der Sachaufwand (Kontengruppe 31) nimmt um 36.8 Mio. Franken bzw. 8.3 Prozent zu. Mit gesamthaft 482.4 Mio. Franken macht er 11.1 Prozent des Gesamtaufwands aus. Die einzelnen Konten zeigen folgende Veränderungen:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	33.5	32.1	- 1.4	1)
311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	19.5	19.3	- 0.1	
312	Informatik	65.8	64.3	- 1.5	2)
313	Verbrauchsmaterialien	48.6	51.7	3.1	3)
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	59.0	58.3	- 0.6	

³ Die in diesem Abschnitt angegebenen Zahlen umfassen die in den genannten Bereichen erfolgte Zunahme des Personalaufwands abzüglich des Aufwandswachstums von 0.7 Prozent, das auf allgemeine Besoldungsmassnahmen zurückgeht.

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	19.1	21.6	2.5	4)
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	27.6	28.7	1.1	
317	Spesenentschädigungen	11.3	11.6	0.4	
318	Dienstleistungen und Honorare	148.8	181.1	32.3	5)
319	Anderer Sachaufwand	12.5	13.6	1.0	

- 1) Der Aufwandrückgang bei den Büro- und Schulmaterialien sowie Drucksachen ist massgeblich auf Einsparungen beim Einkauf von Fremdlehrmitteln zurückzuführen.
- 2) Der Aufwandrückgang in der Informatik ist das Ergebnis aus tieferen Informatik-Investitionskosten (– 5.5 Mio. Franken) bei gleichzeitig steigenden Informatik-Betriebskosten (+ 3.9 Mio. Franken).
- 3) Das Aufwandwachstum bei den Verbrauchsmaterialien ist im Wesentlichen auf den vom Bund refinanzierten Nationalstrassenbereich (Gebietseinheit VI) sowie auf höhere Wasser-, Energie- und Heizkosten im Bereich der Verwaltungsliegenschaften zurückzuführen, die teilweise durch höhere Mieteinnahmen ebenfalls kompensiert werden.
- 4) Der höhere Aufwand für Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt gründet einerseits im Strassenbereich (Mehraufwand für Winterdienst) und andererseits im Mehraufwand für den Unterhalt an Kantonsgewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz.
- 5) Die Aufwendungen für Dienstleistungen und Honorare sind am meisten gestiegen. Sie verzeichnen einen Anstieg von 32.3 Mio. Franken oder 21.7 Prozent. Wesentlich dazu beigetragen haben der starke Anstieg der Projektierungskosten im Hochbauamt aufgrund der gestiegenen Anzahl Investitionsvorhaben (+ 16.4 Mio. Franken), höhere Verfahrens- und Vollzugskosten im Sicherheits- und Justizdepartement (+ 5.2 Mio. Franken) sowie die höhere Entschädigung der Verwaltungskosten der Sozialversicherungsanstalt für die Durchführung der Ergänzungsleistungen (+ 3.0 Mio. Franken).

2.4.3 Staatsbeiträge

Die Staatsbeiträge (Kontengruppe 36) fallen insgesamt um 26.4 Mio. Franken bzw. 1.7 Prozent höher aus als im Vorjahr. Dabei nehmen die laufenden Beiträge um 32.6 Mio. Franken zu und die Investitionsbeiträge um 6.1 Mio. Franken ab. Veränderungen von über 1 Mio. Franken ergeben sich in folgenden Rechnungsabschnitten:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
Laufende Beiträge					
2050	Amt für öffentlichen Verkehr	72.1	76.6	4.5	
3000	Generalsekretariat Departement des Innern	5.3	2.5	– 2.7	
3051	Sozialwerke des Kantons	263.3	278.7	15.4	1)
3150	Amt für Gemeinden	6.0	0.1	– 6.0	
3250	Amt für Kultur	17.9	24.3	6.4	
3259	Lotteriefonds	9.0	5.7	– 3.3	
4000	Generalsekretariat Bildungsdepartement	5.2	4.0	– 1.2	
4053	Sonderschulen	124.6	115.8	– 8.7	
4152	Berufliche Grundbildung	30.7	29.0	– 1.7	
4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	10.6	12.2	1.7	
4231	Universitäre Hochschulen	125.6	132.9	7.3	
8200	Amt für Gesundheitsversorgung	181.3	199.4	18.1	2)

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung
Laufende Beiträge (Fortsetzung)				
8205	Nichtstaatliche Spitäler und Kliniken (bisher 8225) . . .	39.6	42.1	2.5
8230	Spitalverbund 1 – Kantonsspital St.Gallen	195.3	198.5	3.1
Investitionsbeiträge				
2050	Amt für öffentlichen Verkehr	3.4	8.5	5.0
2400	Amt für Natur, Jagd und Fischerei	4.6	2.5	– 2.2
3200	Amt für Soziales	7.8	4.5	– 3.3
4053	Sonderschulen	0.8	3.8	3.0
5000	Generalsekretariat Finanzdepartement	1.2	0.2	– 1.0
6156	Gewässer	5.5	4.2	– 1.4
6200	Amt für Umwelt und Energie	8.9	2.9	– 6.1

- 1) Die Zunahme der Staatsbeiträge im Rechnungsabschnitt 3051 ist im Wesentlichen auf die höheren Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zurückzuführen.
- 2) Die Zunahme der Staatsbeiträge im Rechnungsabschnitt 8200 gründet in den höheren Beiträgen an die individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien (IPV).

2.4.4 Übriger Aufwand

Passivzinsen (Kontengruppe 32): Die Passivzinsen fallen um 1.2 Mio. Franken geringer aus als im Vorjahr. Sie sind zusammen mit den Vermögenserträgen zu betrachten (vgl. Bemerkungen zur Kontengruppe 42).

Abschreibungen (33): Die Abschreibungen nehmen gesamthaft um 15.5 Mio. Franken bzw. 16.6 Prozent zu. Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen nehmen um 8.9 Mio. Franken zu. Dieser Zuwachs ist insbesondere auf erstmalige Abschreibungsquoten auf folgenden neuen Objekten zurückzuführen: Kantonsschule Heerbrugg (Sanierung und Erweiterung), Kulturzentrum Lokremise Zentrum (Erwerb und Umbau), Südostbahn (Darlehensvereinbarung 2009), Bundesverwaltungsgericht St.Gallen (Investitionsbeitrag), Pädagogische Hochschule St.Gallen (Umbau und Erweiterung Mensa).

Die aus zweckgebundenen Mitteln finanzierten Abschreibungen auf Strassenbauten richten sich nach den verfügbaren Mitteln und dem Abschreibungsbedarf. Sie nehmen um 2.5 Mio. Franken zu.

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen (vor allem Debitorenverluste und Wertberichtigungen auf Debitoren) fallen um 4.0 Mio. Franken höher aus. Sie gehen grösstenteils auf Abschreibungen von Steuerforderungen zurück.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34): Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung zeigen eine Zunahme von 25.2 Mio. Franken oder 4.7 Prozent. Sie sind im Wesentlichen auf die Zunahme der Gemeindeanteile an den höheren Erträgen aus den Gewinn- und Kapitalsteuern (27.2 Mio. Franken) sowie den Einkommens- und Vermögenssteuern (4.2 Mio. Franken) zurückzuführen:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung
340	Ertragsanteile des Bundes	18.2	19.6	1.4
341	Ertragsanteile der Kantone	3.2	3.6	0.4
342	Ertragsanteile der Gemeinden, davon:	240.0	264.6	24.6
	Gemeindeanteile Einkommens- und Vermögenssteuer	2.6	6.9	4.2
	Gemeindeanteile Gewinn- und Kapitalsteuer	107.5	134.7	27.2
	Gemeindeanteile Quellensteuer	94.4	86.6	– 7.8
	Gemeindeanteile Grundstückgewinnsteuer	31.4	32.4	1.0
	Andere Gemeindeanteile	4.1	4.0	– 0.1
344	Ertragsanteile Dritter	30.1	29.6	– 0.6
347	Finanz- und Lastenausgleich	248.6	247.9	– 0.6

Entschädigungen an Gemeinwesen (35): Die Entschädigungen an Gemeinwesen nehmen mit 0.8 Mio. Franken oder 1.3 Prozent leicht zu. Gestiegen sind die Entschädigungen an den Bund für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und von arbeitsmarktlichen Massnahmen. Gesunken sind demgegenüber die Gemeindeentschädigungen für Aufwendungen im Asylwesen, die aufgrund geringerer Fallzahlen abgenommen haben.

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung
350	Entschädigungen an Bund	6.4	8.0	1.6
351	Entschädigungen an Kantone	3.5	3.7	0.3
352	Entschädigungen an Gemeinden	49.6	48.4	– 1.1

Fondierungen (38): Die Fondierungen liegen um 24.7 Mio. Franken oder rund 40 Prozent über dem Vorjahreswert. Diese Zunahme folgt aus der Bildung von Rückstellungen für allfällige Verpflichtungen aus der «Lohngleichheitsklage» bei den Berufen des Gesundheitswesens (25 Mio. Franken) sowie für allfällige Verpflichtungen aus dem Rechtsverfahren bezüglich der Erfolgshonorare für die Vermögensverwaltung der Versicherungskassen (20 Mio. Franken).

Die Einlage in die Rückstellung für Haftungsrisiken aus der Staatsgarantie für die St.Galler Kantonalbank dagegen fällt mit 1.4 Mio. Franken um 15.4 Mio. Franken geringer aus als im Vorjahr. Sie richtet sich nach der Marktbewertung der sich aktuell im Finanzvermögen befindlichen 213'454 Namenaktien, die am 31. Dezember 2010 Fr. 470.00 pro Aktie betrug (Vorjahr: Fr. 463.25).

Rückläufig waren insgesamt auch die Zuweisungen an die Spezialfinanzierungen. Unter dem Vorjahreswert lag insbesondere die Einlage in den Strassenfonds im Umfang von 31.0 Mio. Franken (Vorjahr 37.0 Mio. Franken). Die Einlage entspricht jenem Anteil der in den Strassenfonds fliessenden zweckgebundenen Mittel, der im Rechnungsjahr 2010 nicht verwendet wurde.

2.4.5 Steuerertrag

Der Bruttoertrag der kantonalen Steuern (Kontengruppe 40) sinkt zum dritten Mal in Folge und fällt insgesamt um 60.9 Mio. Franken oder 3.7 Prozent niedriger aus als im Vorjahr. In dieser Entwicklung zeigen sich die durch Steuerfussissenkungen und Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre vorgenommenen Steuerentlastungen.

Die einzelnen Steuerarten zeigen folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
400	Einkommens- und Vermögenssteuern	878.3	836.9	–	41.4
401	Gewinn- und Kapitalsteuern	349.8	330.6	–	19.2
402	Quellensteuern	167.3	158.0	–	9.3
403	Grundstückgewinnsteuern	82.9	86.0		3.2
405	Erbschafts- und Schenkungssteuern	40.9	43.0		2.1
406	Besitz- und Aufwandsteuern	138.1	140.9		2.8
408	Steuerstrafen	1.1	2.0		0.9

Die Besitz- und Aufwandsteuern umfassen die zweckgebundenen kantonalen Strassenverkehrssteuern, die für den Bund erhobenen pauschalen Schwerverkehrsabgaben sowie die Wasserfahrzeugsteuern.

Der Nettoertrag der kantonalen Steuern – Bruttoertrag abzüglich Ertragsanteile Dritter, Ausgleichs- und Verzugszinsen, und Abschreibungen – liegt um 95.1 Mio. Franken bzw. 7.7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Kantonsanteil der direkten Bundessteuern liegt dagegen um 5.7 Mio. Franken bzw. 5.1 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die einzelnen Steuerarten und Anteile an Bundessteuern weisen netto folgende Erträge aus:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	
	Einkommens- und Vermögenssteuern	872.8	826.4	820.9	1)
	Gewinn- und Kapitalsteuern	217.1	116.2	170.8	2)
	Quellensteuern	43.0	45.8	41.2	3)
	Grundstückgewinnsteuern	51.5	55.8	53.5	4)
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	41.2	33.3	43.2	5)
	Steuerstrafen	2.6	6.3	3.5	6)
	Kantonale Steuern	1'228.2	1'083.8	1'133.1	
	Direkte Bundessteuer	112.0	104.8	117.7	7)
	Total	1'340.2	1'188.6	1'250.8	

- 1) Der Nettoertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 5.9 Prozent auf. Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahr hat seinen Grund in der Reduktion des Einkommenssteuertarifs sowie in weiteren Entlastungen aufgrund der Nachträge zum Steuergesetz. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2010 hat sich um 7.8 Mio. Franken auf 109.5 Mio. Franken reduziert.
- 2) Der Nettoertrag der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 21.3 Prozent auf. Der Grund für die grosse Abweichung zum Voranschlag liegt in der Tatsache, dass im Zeitpunkt der Ausarbeitung des Voranschlags die Prognosen eine wirtschaftlich negative Entwicklung aufzeigten und dadurch mit grossen Gewinneinbussen gerechnet werden musste. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2010 hat sich um 6.4 Mio. auf 7.3 Mio. Franken reduziert.

- 3) Der Nettoertrag der Quellensteuer weist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 4.4 Prozent auf. Der Minderertrag resultiert analog den Einkommens- und Vermögenssteuern aus den Entlastungen der Nachträge zum Steuergesetz. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2010 hat sich um 0.2 Mio. Franken auf 3.6 Mio. Franken reduziert.
- 4) Der Nettoertrag der Grundstückgewinnsteuer weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 4.0 Prozent auf. Die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt kann nach wie vor als gut beurteilt werden. Der Minderertrag gegenüber dem Voranschlag ergibt sich aus fehlenden grossen Einzelfällen, welche im Jahr 2010 nicht eingetroffen sind. Der Steuerausstand per 31. Dezember 2010 hat sich um 0.3 Mio. auf 3.1 Mio. Franken reduziert.
- 5) Der Nettoertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuern liegt um 4.8 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Steuerausstand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0.2 Mio. Franken erhöht und liegt bei 3.3 Mio. Franken.
- 6) Der Nettoertrag der Steuerstrafen weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 36.5 Prozent auf. Dies ist zum einen die Folge der neu eingeführten Möglichkeit zur Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung, die im Jahr 2010 zu 593 Anzeigen führte. Dabei sind 117.7 Mio. Franken zusätzliches Vermögen und 20.3 Mio. Franken zusätzliche Einkommen deklariert worden. Dies hat zu 7.5 Mio. Franken zusätzlichen Kantons- und Gemeindesteuereinnahmen und zu 1.3 Mio. Franken zusätzlichen Bundessteuereinnahmen geführt.

Auf der anderen Seite werden in der Rechnung die Nachsteuern neu unter derjenigen Steuerart verbucht, aus welcher der Nachsteuerfall resultiert. Dieser Umstand, der bei der Budgetierung noch nicht bekannt war, führt zu geringeren Erträgen im Konto Steuerstrafen. Der Steuerausstand der Steuerstrafen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0.4 Mio. Franken erhöht und liegt bei 0.9 Mio. Franken.

- 7) Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer liegt um 5.1 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Steuerausstand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.0 Mio. Franken erhöht und liegt bei 6.0 Mio. Franken.

2.4.6 Vermögenserträge

Die Vermögenserträge (Kontengruppe 42) nehmen gegenüber dem Vorjahr um 25.4 Mio. Franken oder 9 Prozent ab. Der Ertragsüberschuss zwischen Vermögenserträgen und Passivzinsen (Kontogruppe 32) sinkt von 258.4 auf 234.3 Mio. Franken. Die einzelnen Ertragsarten zeigen folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
Finanzvermögen					
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	2.7	2.3	–	0.4
421	Vermögenserträge aus Guthaben	24.6	19.1	–	5.5 1)
422	Vermögenserträge aus Anlagen	8.0	7.6	–	0.5
424	Gewinne auf Anlagen	15.5	– 1.0	–	16.5 2)
Verwaltungsvermögen					
425	Vermögenserträge aus Darlehen	0.4	0.4		0.0
426	Vermögenserträge aus Beteiligungen	180.6	180.9		0.3 3)
427	Liegenschaftserträge	50.1	47.3	–	2.8 4)

- 1) Beim Finanzvermögen sind im Bereich der Vermögenserträge aus Guthaben Mindereinnahmen von 5.5 Mio. Franken zu verzeichnen. Dazu haben vor allem die weniger zahlreichen Zahlungseingänge bereits abgeschriebener Forderungen (Reduktion Delkredere; – 4.7 Mio. Franken) sowie die niedrigeren Verzugszinsen (– 1.3 Mio. Franken) im Bereich der kantonalen Steuern geführt.
- 2) Die Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens fallen im Vergleich zum Vorjahr um 16.5 Mio. Franken niedriger aus. Hauptsächlich dafür verantwortlich ist insbesondere die Veränderung des Bewertungserfolgs der sich im Finanzvermögen befindlichen Aktien der St.Galler Kantonalbank, welcher jeweils in die Rückstellung für Haftungsrisiken für die Staatsgarantie der St.Galler Kantonalbank (SGKB) eingelegt wird (– 15.4 Mio. Franken). Die positive Entwicklung des Marktwerts der SGKB-Aktie (Stand Ende 2010: Fr. 470.00, Stand Ende 2009: Fr. 463.25) führt im Rechnungsjahr 2010 zu einem Bewertungserfolg von 1.4 Mio. Franken (vgl. auch Bemerkungen zu Kontengruppe 38). Gleichzeitig entstand bei den übrigen Anlagen des Finanzvermögens sowie den Fremdwährungsbeständen ein Bewertungsverlust (– 2.3 Mio. Franken). Im Liegenschaftsbereich auf der anderen Seite liegen die Gewinne aus Verkäufen von nicht mehr betriebsnotwendigen Liegenschaften um 1.0 Mio. Franken über dem Vorjahreswert.
- 3) Die Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsvermögens bleiben im Vorjahresvergleich nahezu unverändert. Die Ausschüttung ordentlicher Dividenden (1.4 Mio. Franken) sowie einer zusätzlichen Dividende zu Lasten freier Reserven (2.1 Mio. Franken) der Rheinsalinen wird durch die niedrigere Dividendenauszahlung der SAK (– 2.1 Mio. Franken) zu einem grossen Teil kompensiert. Die Dividendenausschüttung der St.Galler Kantonalbank blieb unverändert bei Fr. 20.00 pro Aktie.
- 4) Im Bereich der Liegenschaftserträge fällt der Ertrag um 2.8 Mio. Franken tiefer aus. Dies ist insbesondere auf tiefere Nutzungsentschädigungen im Bereich Spitalbauten (– 4.7 Mio. Franken) zurückzuführen, der die höheren Nutzungsentschädigungen der Hochschule und Fachhochschulen (+ 1.0 Mio. Franken) sowie die Mehrerträge aus Miet- und Pachtzinsen (+ 0.9 Mio. Franken) übertraf.

2.4.7 Entgelte

Die Entgelte (Kontengruppe 43) nehmen um 18.7 Mio. Franken oder 5.2 Prozent zu. Die einzelnen Untergruppen zeigen folgende Veränderungen:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
431	Gebühren für Amtshandlungen	71.1	74.2	3.2	1)
432	Spitaltaxen und Kostgelder	102.1	106.6	4.5	2)
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	22.8	23.0	0.2	
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	41.4	42.9	1.5	
435	Verkaufserlöse	32.6	32.9	0.3	
436	Kostenrückerstattungen	43.9	45.1	1.2	
437	Bussen	24.0	26.4	2.4	3)
438	Eigenleistungen für Investitionen	7.6	7.1	– 0.4	
439	Andere Entgelte	11.1	16.9	5.9	4)

- 1) Der Mehrertrag bei den Gebühren für Amtshandlungen folgt in erster Linie aus Gerichtsgebühren (+ 1.1 Mio. Franken), Gebührenanteilen für die Ausstellung biometrischer Reisepässe (+ 0.8 Mio. Franken) und Verkehrsgebühren (+ 0.7 Mio. Franken).
- 2) Der Zuwachs bei den Spitaltaxen und Kostgeldern ist primär auf höhere Verpflegungsgelder in den Justizvollzugsanstalten (+ 2.3 Mio. Franken) und höhere Laboruntersuchungsgebühren (+ 0.8 Mio. Franken) zurückzuführen.

- 3) Bei den Bussen sind die Ersatzforderungen und Geldstrafen im Bereich der Staatsanwaltschaft gestiegen (+ 3.5 Mio. Franken), während die von der Kantonspolizei ausgesprochenen Bussen rückläufig waren (– 1.5 Mio. Franken).
- 4) Der Zuwachs bei der Position «Andere Entgelte» wird durch einen ausserordentlichen buchhalterischen Mehrertrag von 6.5 Mio. Franken hervorgerufen, der durch eine Bilanzbereinigung bei den Heimstätten Wil entstanden ist.

2.4.8 Übrige Erträge

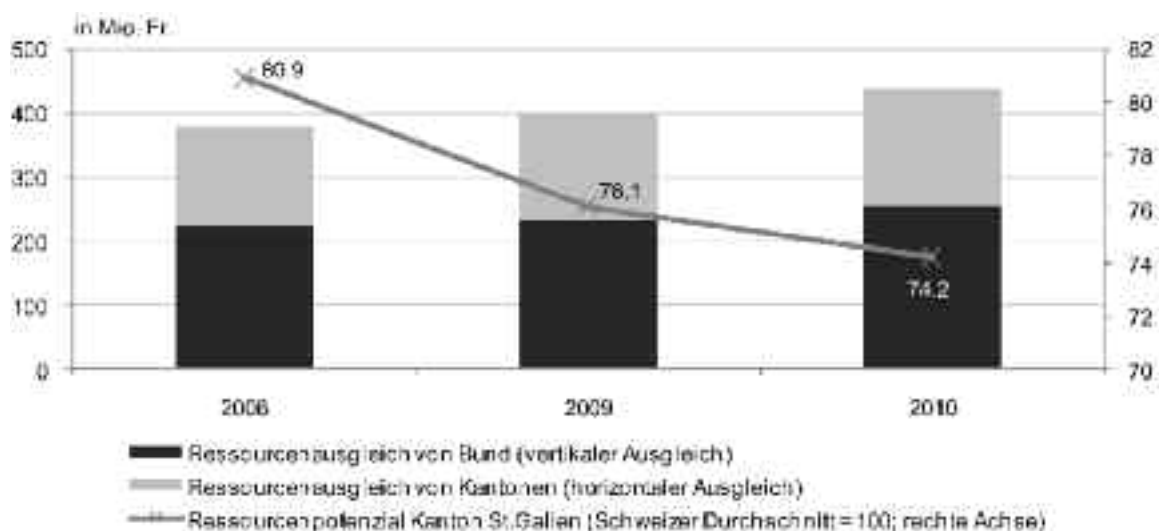
Regalien und Konzessionen (Kontengruppe 41): Die Erträge bewegen sich nahezu unverändert auf einer Höhe von 13.6 Mio. Franken.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44): Gegenüber dem Vorjahr steigen die Erträge um 49.7 Mio. Franken oder 8.4 Prozent. Die Mehrerträge sind in erster Linie auf die höheren Ressourcenausgleichsbeiträge im Rahmen des nationalen Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) zurückzuführen. Daneben sind bei den Anteilen an den Bundeseinnahmen Mehrerträge im Bereich der direkten Bundesteuer (+ 6.6 Mio. Franken), Verrechnungssteuer (+ 2.0 Mio. Franken) sowie dem erstmaligen Anteil an der CO₂-Abgabe (+ 0.8 Mio. Franken) zu verzeichnen.

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung
440	Anteile an Bundeseinnahmen	166.5	176.1	9.6
446	Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	25.2	25.5	0.3
447	Finanz- und Lastenausgleich	399.3	439.1	39.8

Die Einnahmen aus dem nationalen Finanz- und Lastenausgleich sind seit der Einführung im Jahr 2008 im Jahr 2010 zum zweiten Mal gestiegen. Dies gilt sowohl für die Ressourcenausgleichsbeträge des Bundes wie auch für jene der Kantone (vertikale und horizontale Ausgleichskomponenten). Wie aus nachfolgender Grafik hervorgeht, sind diese Mehreinnahmen unmittelbare Folge des sinkenden Ressourcenpotenzials des Kantons St.Gallen im Vergleich zu den anderen Kantonen. Darin zeigt sich die unterdurchschnittliche Fähigkeit des Kantons, hohes bzw. zusätzliches Steuersubstrat anzuziehen.

Abbildung 6: Beträge aus dem Ressourcenausgleich und Ressourcenpotenzial 2008–2010



Rückerstattungen (45): Bei den Rückerstattungen des Gemeinwesens zeigt sich ein Minderertrag von 12.9 Mio. Franken. Die Rückzahlungen der Gemeinden von zu viel ausbezahlten Finanzausgleichsmitteln gingen um 12.0 Mio. Franken zurück. Gesunken sind auch die Rückerstattungen für ortspolizeiliche Funktionen (– 6.5 Mio. Franken).

Höher als im Vorjahr fallen dagegen die Rückerstattungen des Bundes an das Amt für Arbeit (+ 3.2 Mio.) infolge der höheren Anzahl Stellensuchenden aus. Ebenfalls zugenommen haben die Rückerstattungen des Bundes für die Gebietseinheit VI im Bereich der Nationalstrassen (+ 2.1 Mio.).

Beiträge für eigene Rechnung (46): Die laufenden Beiträge für die eigene Rechnung weisen einen Rückgang von 28.7 Mio. Franken auf, während die Investitionsbeiträge um 6.8 Mio. Franken zurückgehen. Die Beiträge für die eigene Rechnung sinken gesamthaft um 7.5 Prozent.

Veränderungen von über 1 Mio. Franken ergeben sich in nachfolgenden Rechnungsabschnitten:

in Mio. Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Veränderung	
Laufende Beiträge					
2050	Amt für öffentlichen Verkehr	28.4	29.6		1.2
3000	Generalsekretariat Departement des Innern	5.9	2.3	–	3.6
3051	Sozialwerke des Kantons	115.4	76.6	–	38.8
4053	Sonderschulen	32.0	30.9	–	1.1
4150	Amtsleitung Amt für Berufsbildung	39.8	43.4		3.6
4231	Universitäre Hochschulen	53.7	56.8		3.1
7151	Asylwesen	24.4	22.0	–	2.5
8200	Amt für Gesundheitsversorgung	110.8	120.3		9.5
Investitionsbeiträge					
2400	Amt für Natur, Jagd und Fischerei	3.4	1.8	–	1.6
4231	Universitäre Hochschulen	1.7	–	–	1.7
6200	Amt für Umwelt und Energie	3.8	0.8	–	3.0

Der Rückgang im Rechnungsabschnitt 3051 «Sozialwerke des Kantons» ist auf den Wegfall der Gemeindeanteile an den Kosten für die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zurückzuführen. Der Rückgang im Generalsekretariat des Departementes des Innern betrifft die Bereiche Asylwesen und Fürsorge des Kompetenzzentrums für Integration, Gleichstellung und Projekte (IGP), wo durchlaufende Beiträge an Gemeinden nicht mehr in den Konten 3000.46, sondern neu in den Konten 3000.47 verbucht werden.

Bei den Mehreinnahmen im Amt für Gesundheitsvorsorge handelt es sich um höhere Bundesbeiträge an die individuellen Krankenkassen-Prämienverbilligungen. Im Amt für Berufsbildung fielen höhere Bundesbeiträge für die Berufsbildung an, bei der Universität St.Gallen stiegen die laufenden Beiträge von Kantonen und Bund infolge höherer Studierendenzahlen.

Defondierungen (48): Die Defondierungen fallen um 219.0 Mio. Franken oder 332.1 Prozent höher aus als im Vorjahr. Der Hauptgrund für diese Zunahme liegt im hohen Reservenbezug. Während aus dem besonderen Eigenkapital nur die reguläre Jahrest tranche von 30.6 Mio. Franken und damit weniger als im Vorjahr (36.3 Mio. Franken) entnommen wurde, lag der budgetierte Bezug aus dem freien Eigenkapital von 225.0 Mio. Franken deutlich über dem Vorjahresbezug von 15 Mio. Franken. Daneben stieg im Hochbauamt die Bevorschussung von Projektierungskosten (+ 16.4 Mio. Franken).

2.4.9 Globalkreditinstitutionen

Spitalverbunde (Rechnungsabschnitte 8230 bis 8233):

Die Geschäftsberichte der Spitalverbunde mit Jahresrechnung und Jahresbericht werden dem Kantonsrat gesondert zur Kenntnisnahme vorgelegt. In der Rechnung des Kantons erscheint nur der Globalkredit als Staatsbeitrag.

Die im Voranschlag 2010 bewilligten Globalkredite für die Spitalverbunde belaufen sich auf 307.8 Mio. Franken. Die Nachkalkulation führt zu einer Globalkreditsumme von 306.4 Mio. Franken. Den Spitalverbunden wird im laufenden Jahr der nachkalkulierte Globalkredit ausgerichtet. Im Vergleich zum Voranschlag entsteht somit ein Minderaufwand von 1.4 Mio. Franken.

Die tatsächlichen bzw. anrechenbaren Rechnungsergebnisse werden dem nachkalkulierten Globalkredit gegenübergestellt. Das führt für den Spitalverbund zu einer Abweichung. Für die einzelnen Spitalverbunde ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. Fr.	nachkalkulierter Globalkredit	anrechenbares Ergebnis	Gewinn (+) Verlust (-)
Spitalverbund 1 – Kantonsspital St.Gallen	198.5	197.2	+ 1.3
Spitalverbund 2 – Region Rheintal Werdenberg Sarganserland .	52.1	52.1	–.
Spitalverbund 3 – Spital Linth	22.2	20.9	+ 1.2
Spitalverbund 4 – Region Fürstenland Toggenburg	33.7	33.6	+ 0.1

Positive Abweichungen des Rechnungsergebnisses (Überschüsse) werden bei den Spitalverbunden vorab zur Deckung allfälliger Verlustvorträge sowie zur Äufnung der Pflichtreserve verwendet. Der verbleibende Betrag wird zwischen den Spitalverbunden und dem Kanton hälftig aufgeteilt. Hieraus entsteht für den Kanton ein unter den Vermögenserträgen (Rechnungsabschnitt 5500) verbuchter Beteiligungsertrag von 1.0 Mio. Franken.

Psychiatrische Dienste (Rechnungsabschnitte 8215 und 8220):

Die im Voranschlag 2010 bewilligten Globalkredite der Psychiatrischen Dienste belaufen sich auf 57.7 Mio. Franken. Die Nachkalkulation führt zu einer Globalkreditsumme von 57.9 Mio. Franken. Die Voranschlagskredite werden somit um 0.2 Mio. Franken überschritten.

in Mio. Fr.	nachkalkulierter Globalkredit	anrechenbares Ergebnis	Gewinn (+) Verlust (-)
St.Gallische Psychiatrie-Dienste Süd	26.0	25.9	–.
St.Gallische Kantonale Psychiatrische Dienste – Sektor Nord .	31.9	31.9	+ 0.1

Waldregionen (Rechnungsabschnitte 2120 bis 2125):

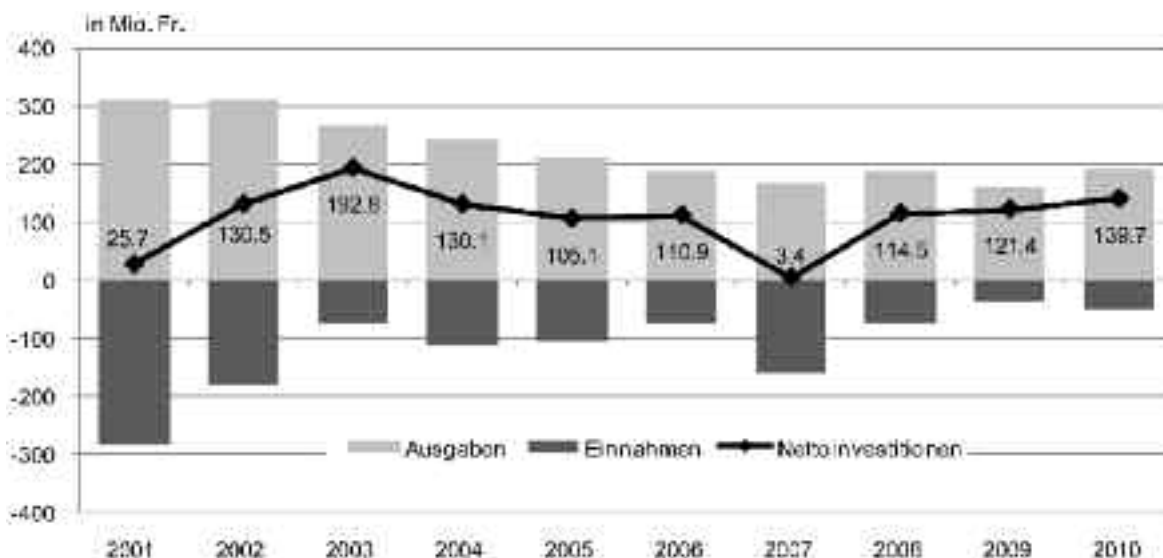
Für die Waldregionen 1 bis 5 wurden im Voranschlag 2010 gesamthaft 4.8 Mio. Franken bewilligt. Die Waldregionen werden nur teilweise vom Kanton finanziert. Deren Globalkredite werden im Gegensatz zu den anderen Globalkrediten nicht nachkalkuliert. Das tatsächliche Rechnungsergebnis unterschreitet den Voranschlagswert um 0.3 Mio. Franken. Der Betrag wird den Rückstellungen für das Globalkreditsystem zugewiesen (Rechnungsabschnitt 5506).

3 Investitionsrechnung

3.1 Übersicht

Mit einer Zunahme der Nettoinvestitionen um 18.6 Mio. Franken auf gesamthaft 139.7 Mio. Franken setzt sich im Jahr 2010 der Trend eines steigenden Investitionsvolumens fort. Folgende Grafik zeigt die Investitionsausgaben und -einnahmen sowie Nettoinvestitionen der letzten zehn Jahre:

Abbildung 7: Investitionsausgaben und -einnahmen, Nettoinvestitionen 2001–2010



In der Investitionsrechnung werden jene Vorfälle verbucht, welche zu einer Veränderung des Verwaltungsvermögens führen. Dazu gehören Investitionen und Investitionsbeiträge, bei denen der Finanzbedarf zulasten des Staates mindestens 3 Mio. Franken beträgt, sowie alle Aufwendungen für den Strassenbau. Ebenfalls zur Investitionsrechnung gehören Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit Darlehen und Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Die Investitionsrechnung lässt sich somit in drei Bereiche unterteilen, die – auch wegen ihrer Bedeutung hinsichtlich Abschreibung und Verschuldung – einer unterschiedlichen Betrachtung bedürfen: (1) Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge, (2) Strassenbau, (3) Darlehen und Beteiligungen.

Die Investitionsausgaben für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge werden aus allgemeinen Mitteln planmässig über die beschlossene Abschreibungsfrist abgeschrieben. In der Regel sind dies 5 Jahre für Projekte mit Investitionskosten bis 9 Mio. Franken (= dreifacher Wert der für das allgemeine Finanzreferendum massgebenden Betragsgrenze), und 10 Jahre für Projekte mit einem Finanzbedarf von über 9 Mio. Franken. Aus der Höhe der aktivierten Investitionsausgaben für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge ergibt sich die aus allgemeinen Mitteln abzuschreibende Verschuldung (vgl. hierzu Abschnitt 4.4).

Der Strassenbau wird aus zweckgebundenen Mitteln finanziert. Abschreibungen bzw. der Abbau der Verschuldung im Strassenbau erfolgen nach Massgabe der verfügbaren Mittel im Strassenfonds; sie belasten den allgemeinen Haushalt nicht.

Darlehen und Beteiligungen werden nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Abschreibungen sind deshalb in der Regel nur vorzunehmen, soweit Verluste eintreten oder allenfalls drohen. Eine Verschuldung im Sinne einer Verpflichtung, in kommenden Rechnungsperioden planmässige Abschreibungen vornehmen zu müssen, ist damit nicht verbunden.

Im Detail zeigt die Investitionsrechnung 2010 folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010
Gesamtinvestitionen			
Ausgaben	160.1	237.5	191.5
Einnahmen	38.7	33.2	51.8
Nettoinvestition	121.4	204.3	139.7
Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge			
Ausgaben	104.8	193.1	142.2
Einnahmen	8.4	9.9	29.9
Nettoinvestition	96.4	183.2	112.2
Strassenbau			
Ausgaben	46.7	42.8	40.4
Einnahmen	29.0	21.8	20.1
Nettoinvestition	17.7	21.0	20.2
Darlehen und Beteiligungen			
Ausgaben	8.7	1.6	8.9
Einnahmen	1.3	1.5	1.7
Nettoinvestition	7.3	0.1	7.2

3.2 Abweichungen zum Voranschlag

Im Bereich der Investitionsrechnung werden jeweils im Rahmen des gesamten, durch den Kantonsrat beschlossenen Objektkredits geschätzte Auszahlungskredite budgetiert. Inwieweit sich die effektive Bautätigkeit und die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen mit der Planung decken, ist von vielen Faktoren abhängig. Die Reduktion der Nettoinvestitionen gegenüber dem Voranschlag 2010 von 64.6 Mio. Franken hat verschiedene Gründe:

Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge (– 71.0 Mio. Franken): Für die tieferen Nettoinvestitionen sind geringere Investitionsausgaben (51.0 Mio. Franken) und gleichzeitig höhere Investitionseinnahmen (20.0 Mio. Franken) verantwortlich. Die geringeren Ausgaben sind auf Verschiebungen und Verzögerungen laufender Projekte zurückzuführen, so etwa beim Spital Grabs (– 9.0 Mio. Franken; Vorhaben wird mit der Gesamterweiterung/-erneuerung ausgeführt) oder bei der Erweiterung von Haus 24 beim Kantonsspital (– 9.1 Mio. Franken; Verzögerung des Baustartes durch einen Rekurs). Die höheren Einnahmen sind zu wesentlichen Teilen auf Zahlungseingänge beim Projekt POLYCOM (+ 15.0 Mio. Franken) zurückzuführen, welche im Voranschlag nicht eingeplant wurden.

Strassenbau (– 0.8 Mio. Franken): Die tieferen Nettoinvestitionen sind auf geringere Investitionsausgaben bei den Kantonsstrassen im Umfang von 2.5 Mio. Franken zurückzuführen, denen auf der anderen Seite auch geringere Einnahmen von 1.7 Mio. Franken gegenüberstehen.

Darlehen und Beteiligungen (+ 7.1 Mio. Franken): Die Mehrausgaben für Darlehen liegen im Wesentlichen auf höheren Investitionsdarlehen an die Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft (+ 5.0 Mio.) sowie die Übertragung des bisherigen Anteilscheinkapitals der OLMA Messen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (+ 0.8 Mio. Franken) begründet.

3.3 Finanzierung

3.3.1 Finanzierungsausweis

Im Finanzierungsausweis werden Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung einander gegenübergestellt. Die Selbstfinanzierung ihrerseits ist die Summe aus Abschreibungen und Saldo der laufenden Rechnung. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich folgendes Ergebnis:

in Mio. Fr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010
Nettoinvestition	121.4	139.7
abzüglich Abschreibungen	74.3	85.8
abzüglich Saldo laufende Rechnung	57.2	64.7
Finanzierungsüberschuss	<u>10.1</u>	<u>10.9</u>

Der Finanzierungsüberschuss bewegt sich mit 10.9 Mio. Franken im Rahmen des Vorjahres. Die Zunahme der Nettoinvestitionen um 18.2 Mio. Franken entspricht in etwa gerade den höheren Abschreibungen (+ 11.5 Mio. Franken) und der Zunahme des Saldos der laufenden Rechnung (+ 7.5 Mio. Franken).

3.3.2 Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad als Kennzahl des harmonisierten Rechnungsmodells der öffentlichen Hand (HRM) errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen. Er gibt an, bis zu welchem Grad die Nettoinvestition durch selbst erarbeitete Mittel gedeckt ist. Aus dem Finanzierungsausweis errechnet sich ein Selbstfinanzierungsgrad von 107.8 Prozent.

Korrigiert man den Selbstfinanzierungsgrad allerdings um den budgetierten Eigenkapitalbezug, der dafür verantwortlich ist, dass die Rechnung positiv abschliesst, so ergibt sich ein deutlich negativer Selbstfinanzierungsgrad (– 75.2%). Dies zeigt, dass der Kanton seine Nettoinvestitionen zwar durch Abschreibungen und den positiven Saldo finanzieren konnte. Doch gelang ihm dies nicht mit laufenden Erträgen, sondern nur mit Rückgriff auf das Eigenkapital. Auch im korrigierten Selbstfinanzierungsgrad zeigt sich das Ungleichgewicht des kantonalen Haushalts deshalb sehr deutlich.

in Mio. Fr.	Selbstfinanzierungsgrad 2010	Korrigierter Selbst- finanzierungsgrad 2010
Nettoinvestition (A)	139.7	139.7
Abschreibungen (B)	85.8	85.8
Saldo laufende Rechnung (C)	64.7	64.7
Eigenkapitalbezug (D)	nicht berücksichtigt	255.6
Selbstfinanzierungsgrad [(B+C-D) : A]	<u>107.80%</u>	<u>– 75.20%</u>

4 Bilanz

4.1 Übersicht

Die Hauptpositionen der Bilanz per 31. Dezember 2010 zeigen im Vergleich zur Vorjahresbilanz nachfolgende Veränderungen:

in Mio. Fr.	Bilanz per 31.12.2009	Bilanz per 31.12.2010	Veränderung
Aktiven	3'292.9	3'259.7	
Finanzvermögen	2'604.9	2'517.8	– 87.1
Verwaltungsvermögen	688.0	741.8	53.9
Bilanzfehlbetrag	–.–	–.–	–.–
Passiven	3'292.9	3'259.7	
Fremdkapital	1'735.1	1'858.9	123.8
Passivierte Globalkreditabweichungen	1.5	1.4	– 0.1
Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	125.5	159.4	33.9
Kapital	1'430.8	1'240.0	– 190.9

4.2 Verwaltungsvermögen

Die Veränderung des Verwaltungsvermögens ergibt sich aus den Nettoinvestitionen gemäss Investitionsrechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Der Nachweis für den bilanzierten Wert des Verwaltungsvermögens kann wie folgt erbracht werden:

in Mio. Fr.	Bilanz
Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2009	688.0
Nettoinvestition 2010	139.7
Abschreibungen 2010	– 85.8
Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2010	<u>741.8</u>

4.3 Eigenkapital

Das Ergebnis der laufenden Rechnung 2010 wird bis zur Rechnungsgenehmigung des Kantonsrates als separate Position unter dem Kapital ausgewiesen. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat, den Ertragsüberschuss von 64.7 Mio. Franken dem freien Eigenkapital zuzuweisen. Dieses weist danach einen Bestand von 718.2 Mio. Franken auf.

Daraus ergibt sich folgender Kapitalnachweis (in Mio. Fr.):

Freies Eigenkapital per 31. Dezember 2009 (nach Zuweisung des Ertragsüberschusses von Fr. 57.2 Mio.)	878.43
Entnahme freies Eigenkapital gemäss Voranschlag 2010	– 225.00
Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung 2010	64.74
Freies Eigenkapital per 31. Dezember 2010	<u>718.17</u>

Besonderes Eigenkapital per 31. Dezember 2009	552.42
Entnahme besonderes Eigenkapital gemäss Voranschlag 2010	– 30.60
Besonderes Eigenkapital per 31. Dezember 2010	<u>521.82</u>
Total freies und besonderes Eigenkapital per 31. Dezember 2009	1'430.85
Total freies und besonderes Eigenkapital per 31. Dezember 2010	<u>1'239.99</u>

In den Vorjahren wurden 32.2 Mio. Franken des besonderen Eigenkapitals nicht bezogen. Zusätzlich wurde vom einmalig zulässigen Vorbezug einer Jahrestanche von 30.6 Mio. Franken noch keinen Gebrauch gemacht. Damit liegt das besondere Eigenkapital per 31. Dezember 2010 62.8 Mio. Franken über dem gesetzlich vorgegebenen Mindestbestand.

4.4 Verschuldung

Ein Mass für die Verschuldung der öffentlichen Hand ist die Höhe des Teils des Verwaltungsvermögens, welches in kommenden Rechnungsperioden planmässig aus allgemeinen Mitteln abgeschrieben werden muss. Zieht man von diesem Wert den Eigenkapitalbestand ab, erhält man die Nettoschuld als Kennzahl des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM). Im Fall des Kantons St.Gallen resultiert aus dieser Rechnung eine negative Nettoschuld, d.h. ein Nettovermögen:

in Mio. Fr.	Bilanz per 31.12.2009	Bilanz per 31.12.2010	Veränderung
Aus allgemeinen Mitteln abzuschreibendes			
Verwaltungsvermögen	172.1	218.8	46.7
– Hochbauten	126.4	184.5	58.2
– Technische Einrichtungen	3.3	– 6.8	– 10.1
– Investitionsbeiträge	42.4	41.1	– 1.3
Kapital	1'430.8	1'240.0	– 190.8
– Freies Eigenkapital	821.2	653.4	– 167.7
– Besonderes Eigenkapital	552.4	521.8	– 30.6
– Saldo der laufenden Rechnung	57.2	64.7	7.5
Nettovermögen	1'258.7	1'021.2	– 237.5

Die aus allgemeinen Mitteln abzuschreibende Verschuldung verändert sich im Ausmass der Differenz zwischen der Nettoinvestition (112.2 Mio. Franken) und den Abschreibungen für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge (65.6 Mio. Franken). Sie steigt um 46.7 Mio. Franken auf 218.8 Mio. Franken.

Die Gegenüberstellung mit dem Eigenkapitalbestand weist auf ein Nettovermögen von 1'021.2 Mio. Franken hin. Während der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung den Eigenkapitalbestand und das Nettovermögen positiv beeinflusst, vermindern die im Voranschlag 2010 beschlossenen Eigenkapitalbezüge das Nettovermögen. Per Saldo liegt das Nettovermögen um 237.5 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert.

In vorstehenden Zahlen nicht enthalten ist die Verschuldung für den Strassenbau, die aus zweckgebundenen Mitteln abzuschreiben ist. Die Nettoinvestitionen von 20.2 Mio. Franken konnten im Berichtsjahr vollständig abgeschrieben werden; darüber hinaus konnten die zweckgebundenen Mittel des Strassenfonds um 31.0 Mio. Franken auf 114.1 Mio. Franken erhöht werden.

5 Sonderrechnungen

Die Sonderrechnungen umfassen das vom Staat verwaltete Drittvermögen. Sie lassen sich wie folgt gruppieren:

- Gebäudeversicherungsanstalt
- Personalversicherungskassen
 - Versicherungskasse für das Staatspersonal
 - Kantonale Lehrerversicherungskasse
- Legate und Stiftungen
 - Staatsfonds
 - Irma und Samuel Teitler Stiftung
 - Ernst-Schürpf-Stiftung (Stiftungsvermögen)
 - Broderfonds
- andere Sonderrechnungen
 - durch das Amt für Finanzdienstleistungen verwaltete Vermögen
 - durch externe Rechnungsstellen verwaltete Vermögen

Die Rechnungslegung der Sonderrechnungen (Bilanz und Betriebsrechnung) erfolgt unter Abschnitt VI. der Rechnung. Hiervon ausgenommen ist die Gebäudeversicherungsanstalt, welche einen eigenen Geschäftsbericht erstellt. Soweit die Vermögensverwaltung nicht durch die Finanzverwaltung erfolgt, wird nur der Vermögensbestand ausgewiesen.

Die Gesamtbilanz der Sonderrechnungen (einschliesslich Gebäudeversicherungsanstalt) setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. Fr.	Bilanz per 31. 12. 2009	Bilanz per 31. 12. 2010	Veränderung
Aktiven	6'060.8	6'308.0	
Flüssige Mittel	522.6	741.9	219.3
Laufende Guthaben	112.4	103.9	– 8.5
Anlagen	5'425.2	5'461.6	36.4
Transitorische Aktiven	0.7	0.7	–.
Passiven	6'060.8	6'308.0	
Laufende Verpflichtungen	92.6	101.7	9.1
Mittel- und langfristige Schulden	16.0	16.0	–.
Rückstellungen	86.5	101.7	15.2
Transitorische Passiven	3.8	3.3	– 0.5
Eigenkapital	5'861.9	6'085.3	223.4

Das Eigenkapital der Sonderrechnungen liegt um 223.4 Mio. Franken über dem Vorjahreswert. Davon fallen 220.4 Mio. Franken auf die beiden Personalversicherungskassen sowie die Gebäudeversicherungsanstalt. Bei den übrigen Sonderrechnungen ist eine Zunahme von 3.0 Mio. Franken zu verzeichnen.

Die Sonderrechnungen weisen gegenüber dem Staat ein Guthaben von 32.2 Mio. Franken auf. Werden die Schulden miteingerechnet, so resultiert ein Nettoguthaben der Sonderrechnungen von 18.3 Mio. Franken (Vorjahr 34.9 Mio. Franken).

Die flüssigen Mittel nehmen um 219.3 Mio. Franken zu, was vor allem auf gestiegene Bankguthaben sowie Geldmarktanlagen zurückzuführen ist. Die Abnahme bei den laufenden Guthaben von 8.4 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die höheren Verrechnungssteuer- und niedrigeren Kontokorrentguthaben beim Staat zurück-

zuführen. Die Anlagen der festverzinslichen Wertschriften liegen um 201.8 Mio. Franken über dem Vorjahreswert. Um 216.1 Mio. Franken zugenommen hat der Wert von Aktien und alternativen Anlagen. Die Anlagen in Liegenschaften sind um 31.2 Mio. Franken gestiegen. Der Anteil der Sachwertanlagen (Liegenschaften, Aktien und alternative Anlagen) an den gesamten Aktiven steigt von 45.6 auf 47.7 Prozent; bezogen auf das Eigenkapital machen die Sachwertanlagen 49.4 Prozent (Vorjahr 47.1 Prozent) aus. Nicht diesen zugerechnet werden die sachwertgesicherten Grundpfanddarlehen (Hypotheken), die um 9.4 Mio. Franken oder 4.1 Prozent zurückgehen. Die Schwankungsreserven auf den Wertschriften nehmen u.a. aufgrund des positiven Wertschriftenergebnisses von 220.0 Mio. Franken auf 245.8 Mio. Franken zu.

6 Verwendung des Rechnungsergebnisses

Nach Art. 64 Abs. 1 des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1) wird ein Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung zur Bildung von freiem Eigenkapital verwendet; er kann auch für zusätzliche Abschreibungen eingesetzt werden. Das freie Eigenkapital ist durch Zuweisung des Ertragsüberschusses der laufenden Rechnung 2009 sowie der Entnahme zu Gunsten der laufenden Rechnung 2010 auf 653.4 Mio. Franken gesunken.

Die Regierung beantragt, den Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung 2010 von Fr. 64'740'087.90 vollumfänglich dem freien Eigenkapital zuzuweisen. Folgt der Kantonsrat diesem Antrag, wird das freie Eigenkapital danach einen Stand von 718.2 Mio. Franken bzw. 68.9 Steuerprozenten aufweisen.

Mit dem Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen und der Zuweisung des vollen Ertragsüberschusses 2010 an das freie Eigenkapital kann der enge finanzielle Spielraum der kommenden Jahre etwas erhöht werden. Auch mit den bereits beschlossenen Sparmassnahmen sowie dem vom Kantonsrat geforderten zweiten Sparpaket werden in den nächsten Jahren erhebliche Eigenkapitalbezüge notwendig werden. Der durch das positive Rechnungsergebnis verminderte Reservenrückgang ergibt vor diesem Hintergrund eine etwas verbesserte Ausgangslage, ändert indessen nichts an den Defiziten der Planjahre 2012 bis 2014.

7 Antrag

Wir unterbreiten Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, folgende Anträge:

1. Die Rechnung 2010, umfassend die Verwaltungsrechnung, die Bestandesrechnung sowie die Sonderrechnungen, wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung 2010 von Fr. 64'740'087.90 wird dem freien Eigenkapital zugewiesen.

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:
Willi Haag

Der Staatssekretär:
Canisius Braun